Pressestelle des Senats

Hamburg

Wochendienst

Nr. 41
vom 16. Dezember 2010
Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Bund

878. Sitzung des Bundesrates 2

Bürgerschaftswahl 2011

Hamburg-Wahl am 20. Februar 2011: Countdown läuft 6

Schule, Jugend und Berufsbildung

Senat schreibt Konzept „Handeln gegen Jugendgewalt“ fort 11

Wo die Zukunft des Fliegens gelehrt wird 16

Wissenschaft und Forschung

Baubeginn für Neubau der HafenCity Universität Hamburg 19

Technikum Berliner Tor an der HAW Hamburg eröffnet 21

Umwelt

Hamburg jetzt offiziell „Umwelthauptstadt Europas 2011“ 23

Kultur

Amelie Deuflhard bleibt Intendantin auf Kampnagel 25

Wirtschaft

Axel Konjack wird neuer Geschäftsführer von hamburg.de 26

Sport

Bayerns Trainer Louis van Gaal fordert Kunstrasenplätze – Hamburg handelt bereits 27

HSH-Nordbank

Bürgermeister Ahlhaus und Ministerpräsident Carstensen zum künftigen HSH-Vorstandsvorsitzenden 28

Zur Information

Gebühren für städtische Dienstleistungen 29

Terminkalender 32

16.12.2010/br16

An der 878. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 17.12.2010, nehmen Bürgermeister Christoph Ahlhaus, Senator Heino Vahldieck und Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann teil.

Die Tagesordnung umfasst 69 Punkte.

Warten auf die Regelsatzreform zum 1. Januar 2011

Der Bundesrat wird sich mit dem Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe für Sozialleistungsempfänger und zur Änderung des SGB II und SGB XII befassen. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner Entscheidung vom 9. Februar 2010 eine Neubemessung der Regelbedarfe von Kindern und Jugendlichen gefordert. Nach dem nun vorgelegten zustimmungsbedürftigen Gesetz sollen die neuen Regelbedarfe auf der Grundlage eines transparenten statistischen Verfahrens ermittelt werden. Vorgesehen ist, dass die Regelbedarfe bei Erwachsenen zum 1. Januar 2011 um 5 € ansteigen. Kinder und Jugendliche, die Sozialleistungen erhalten, sollen künftig einen zusätzlichen Anspruch auf Leistungen aus einem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten. Hamburg wird dem Gesetz zustimmen. Es zeichnet sich jedoch ab, dass die Reform nicht die Mehrheit im Bundesrat erhalten wird und deshalb der Vermittlungsausschuss durch die Bundesregierung angerufen wird. Im Interesse der betroffenen Personenkreise wird sich Hamburg nachdrücklich für die zügige Umsetzung einsetzen.

Hamburg fordert höheren Bundesanteil bei den Kosten für Unterkunft und Heizung

Der Bundesrat berät in seiner Sitzung über den Anteil an den Mietkosten nach dem SGB II (Kosten der Unterkunft), den der Bund im Jahr 2011 übernehmen wird. Das 7. Gesetz zur Änderung des SGB II sieht einen Anstieg der Bundesbeteiligung von derzeit durchschnittlich 23,6 % auf 25,1 % vor. Diese Steigerung ist aus Sicht der Länder nicht ausreichend. Bei Berücksichtigung der tatsächlichen aktuellen Kostenentwicklung aufgrund gestiegener Mieten müsste die Quote des Bundes deutlich höher liegen. Zum Hintergrund: Die Höhe des Bundesanteils errechnet sich nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Hartz-IV-Bezug nicht aber nach den tatsächlichen Kosten der Kommunen. Hamburg unterstützt daher - wie schon anlässlich der Anpassung der Bundesquote für 2010 - die von den Ländern erhobene Forderung, das Gesetz grundsätzlich zu überarbeiten und die Höhe der Bundesquote nicht an den Fallzahlen, sondern an der tatsächlichen Kostenentwicklung auszurichten. Aus diesem Grund wird Hamburg im Bundesrat dem Gesetz nicht zustimmen, sondern für die Anrufung des Vermittlungsausschusses stimmen.

Bundesrat entscheidet GKV-Finanzierungs- und Arzneimittelneuordnungsgesetz

Durch das Gesetzliche Krankenkassen-Finanzierungsgesetz (GKV-FinG) und das Arzneimittelneuordnungsgesetz (AMNOG) werden die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen im Jahr 2011 gedeckt. Darüber hinaus stehen aufgrund des Bundeszuschusses die gesetzlich vorgesehenen Mittel für die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds sowie Mittel zur Finanzierung des Sozialausgleichs in den Folgejahren zur Verfügung. Im Ergebnis werden somit ohne Leistungseinschränkungen für die Versicherten der GKV die Ausgaben stabilisiert und die Finanzierung auf eine gesichertere und breitere Basis gestellt.

Mit dem GKV-FinG wird zum einen die Kostensteigerung für die GKV begrenzt und zum anderen die Beitragsgrundlage für die GKV weiterentwickelt. Weniger Ausgaben werden u.a. durch Einschränkungen der Verwaltungskosten der Krankenkassen, der Krankenhausausgaben sowie der Vergütung der ambulanten vertragsärztlichen, hauarztzentrierten Versorgung erreicht. Die Weiterentwicklung der Beitragsgrundlage sieht hingegen eine Erhöhung des Beitragssatzes und Festschreibung des Arbeitgeberbeitrages sowie die Einführung eines einkommensunabhängigen Zusatzbeitrags mit steuerfinanziertem Sozialausgleich vor. Insgesamt werden die GKV-Ausgaben in 2011 mit je 3 Mrd. Euro von Versicherten und Arbeitgebern über den Beitragssatz, mit über 3 Mrd. Euro durch Ausgabenbegrenzungen bei den Leistungserbringern und mit 2 Mrd. Euro durch einen zusätzlichen Bundeszuschuss stabilisiert.

Mit dem AMNOG wird der Zuwachs der Arzneimittelausgaben in der GKV begrenzt, und zwar insbesondere durch eine Nutzenbewertung neuer Medikamente, der Orientierung der Preise für Impfstoffe am europäischen Markt, der Fortsetzung der Festbetragsregelung für zuzahlungsfreie Arzneimittel sowie der Absenkung der Großhandelszuschläge und Erhöhung der Apothekenrabatte für Arzneimittel. Erzielt werden Einsparung in Höhe von insgesamt 2,4 Mrd. Euro.

Neuordnung des Rechts der Sicherungsverwahrung

Das Recht der Sicherungsverwahrung soll nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) grundlegend reformiert werden. In seiner derzeitigen Ausgestaltung verstößt das Gesetz zumindest in Teilen gegen die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Neben der Novellierung der Sicherungsverwahrung sieht das Gesetz zudem die Stärkung der Führungsaufsicht und die Schaffung eines Gesetzes zur Therapierung und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter (Therapieunterbringungsgesetz) vor. Das Gesetz erfüllt damit vor allem zwei vordingliche Aufgaben: Es sorgt nicht nur für mehr Rechtssicherheit bei den Betroffenen, sondern auch für ein erhöhtes Maß an Sicherheit für die Bevölkerung. Auch wenn es keine absolute Sicherheit geben kann, so muss zumindest sichergestellt werden, dass die staatlichen Stellen auf weitere bevorstehende Entlassungen angemessen reagieren oder diese sogar verhindern können. Das

Therapieunterbringungsgesetz stellt sicher, dass nach wie vor als gefährlich einzustufende Gewalt- oder Sexualstraftäter in geeigneten Einrichtungen auf ein möglichst straffreies Leben in Freiheit vorbereitet werden. Die Führungsaufsicht, die nach der Entlassung aus der Sicherungsverwahrung oder der Therapieunterbringung greift, wird künftig durch Einführung der „elektronischen Aufenthaltsüberwachung“ gestärkt.

Aufhebung des Freihafens (Freizone) Hamburg

Der Bundesrat wird das Gesetz zur Aufhebung des Freihafens Hamburg verabschieden. Aufgrund von Änderungen des europäischen Zollrechts sind seit dem 1. Juli 2009 wesentliche zollrechtliche Vorteile der Freizone entfallen bzw. werden zum 1. Januar 2011 entfallen. Die Aufhebung der Freizone war daher nach intensiven mehrjährigen Beratungen mit den betroffenen Wirtschaftsbeteiligten vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg beschlossen worden. Die Aufhebung der Freizone dient der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Hafens. Sie soll einen weitgehend barrierefreien schnellen Waren- und Güterverkehr sowie die Realisierung weiterer attraktiver städtebaulicher Vorhaben gewährleisten. Im Interesse der deutschen und europäischen Im- und Exportwirtschaft erwartet der Hamburger Senat, dass die Zollverwaltung bei der Aufhebung der Freizone und der Einführung des Modernisierten Zollkodexes der EU eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung des Gesetzes gewährleistet. Im Rahmen ihres Ermessensspielraums soll sichergestellt werden, dass die Hafenunternehmen auch unter den neuen Rahmenbedingungen ihren Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung leisten können. Das Gesetz wird am 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Bundesrat entscheidet über Regelungen zur Bekämpfung der Zwangsheirat

Die bestehenden Regelungen zur Bekämpfung von Zwangsheiraten und dem Schutz der Opfer sollen mit dem Gesetzentwurf noch effektiver ausgestaltet werden. So soll ein eigener Straftatbestand Zwangsheiraten als spezifisches strafwürdiges Unrecht ächten. Zum Schutz der ggf. ins Ausland verschleppten Opfer von Zwangsehen sollen die aufenthaltsrechtlichen Rückkehrmöglichkeiten erleichtert werden. Daneben sieht der Gesetzentwurf weitere Änderungen des Aufenthaltsrechts vor: So soll eine Ehe nicht, wie derzeit, nur zwei Jahre bestehen müssen, damit ein Ehepartner ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhält, sondern mindestens drei Jahre. Mit der Erhöhung der Bestandsdauer der Ehe soll Schein- und Zweckehen entgegengewirkt werden. Darüber hinaus soll gesetzlich vorgeschrieben werden, dass die Ausländerbehörde vor Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis überprüft, ob die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs eingehalten wird. Neue, bereichsspezifische Datenübermittlungsvorschriften sollen den erforderlichen Informationsaustausch zwischen den Kursträgern und den beteiligten Behörden sicherstellen, um Verstöße gegen die Teilnahmeverpflichtung aufenthalts- und sozialleistungsrechtlich sanktionieren zu können. Weiterhin wird für Asylbewerber und Geduldete die Möglichkeit geschaffen, Ausnahmen von der

Residenzpflicht vorzusehen, wenn dies zur Arbeitsaufnahme oder für einen Schulbesuch erforderlich ist. Der Bundesrat wird darüber abstimmen, ob er zu diesem Gesetzentwurf eine Stellungnahme abgibt. Zur Abstimmung steht insbesondere eine Ergänzung des Gesetzentwurfs um eine Bleiberechtsregelung für gut integrierte junge Ausländer und ihre Familien, für die sich bereits die Innenministerkonferenz auf Vorschlag Hamburgs ausgesprochen hat.

Innensenator Heino Vahldieck: „Junge Ausländer und ihre Familien, die sich gut integriert haben, sollen die Möglichkeit erhalten in Deutschland zu bleiben. Wer sich aber der Integration entzieht, muss mit aufenthalts- und sozialleistungsrechtlichen Sanktionen rechnen

Für Rückfragen:
Sabine Spitzer
Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund
Tel. 0 30 – 2 06 46-109
www.hamburg.de/landesvertretung

15. Dezember 2010/bis15

Hamburg-Wahl am 20. Februar 2011: Countdown läuft

Mit dem heutigen Beschluss der Bürgerschaft zu ihrer Auflösung beginnt der Countdown für die Neuwahl. Als Wahltag hat der Senat den 20. Februar 2011 bestimmt.

Nach der ebenfalls vom Senat beschlossenen Verordnung zur Abkürzung wahlrechtlicher Fristen müssen Parteien, Wählervereinigungen und Einzelpersonen ihre Wahlvorschläge spätestens am 19. Januar 2011 (Mittwoch) bis 16 Uhr einreichen. Neue Parteien und Wählervereinigungen müssen zuvor schon bis zum 28. Dezember 2010 (Dienstag) bis 16 Uhr ihre Beteiligungsanzeige mit Satzung und ggf. Programm beim Landeswahlleiter eingereicht haben.

Der Countdown für den 20. Februar 2011

- 28. Dezember 2010 (54. Tag vor der Wahl), 16 Uhr:
  Einreichschluss für Beteiligungsanzeigen
- 19. Januar 2011(32. Tag vor der Wahl), 16 Uhr:
  Einreichschluss für Wahlvorschläge beim Landeswahlleiter und den sieben Bezirkswahlleitern
- 31. Januar 2011 (20. Tag vor der Wahl): Beginn der Stimmzettelausgabe zur Briefwahl

Landeswahlleiter Willi Beiß: "Schon vor dem heutigen Auflösungsbeschluss der Bürgerschaft haben sich zehn Parteien und sieben Einzelpersonen bei den Bezirkswahlleitern oder bei mir gemeldet und zum Teil bereits mit dem Sammeln von Unterstützungsunterschriften begonnen (Kontaktanschriften siehe Anlage). Alle, die daran interessiert sind, auf die - insgesamt 42 unterschiedlichen - Stimmzettel für die Hamburg –Wahl zu kommen, finden Einzelheiten hierzu unter www.hamburg.de/wahlen."

Erläuterung: Die erforderliche Anzahl von Unterstützungsunterschriften beträgt für eine Landesliste 1.000, für eine Wahlkreisliste zu der Bürgerschaftswahl 100, für eine Bezirksliste 200 und für eine Wahlkreisliste zu einer Bezirksversammlungswahl 50.

Rückfragen:
Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Ralf Kunz Tel. 040 – 42839-2678
E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/
sowie
Landeswahlamt: Asmus Rösler, Tel. 040 – 42839-1732

Freie und Hansestadt Hamburg
Geschäftsstelle des Landeswahlleiters

Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen am 20. Februar 2011

Derzeit angekündigte Wahlvorschläge mit Kontaktadressen

- in alphabetischer Reihenfolge -

Stand: 15.12.2010

Wahlvorschlag	Kurzbezeichnung
Bildung sichert Rente *Einzelbewerber im Wahlkreis 1 (Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahl)* Ralf Apelt Klaus-Groth-Straße 101 20535 Hamburg E-Mail: quer-borgfelde@web.de	**BsR**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Hamburg, Grün-Alternative-Liste Burchardstraße 21 20095 Hamburg Tel.: (0 40) 39 92 52 0 Fax: (0 40) 39 92 52 99 E-Mail: info@hamburg.gruene.de Internet: www.hamburg.gruene.de	**GRÜNE/GAL**
Christlich Demokratische Union Deutschlands Landesverband Hamburg Leinpfad 74 22299 Hamburg Tel.: (0 40) 46 85 48 00 Fax: (0 40) 46 85 49 00 E-Mail: info@cduhamburg.de Internet: www.cduhamburg.de	**CDU**

Wahlvorschlag Kurzbezeichnung

Detlef Grumann: Parteilos – Für eine faire Arbeitswelt

Einzelbewerber im Wahlkreis 6 (Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahl)

Postfach 20 32 43
20222 Hamburg

Tel.: (0 40) 21 99 09 69
E-Mail: detlef.grumann@arcor.de

DIE LINKE **DIE LINKE**

Kreuzweg 7
20099 Hamburg

Tel.: (0 40) 38 92 16 4
Fax: (0 40) 43 09 70 28
E-Mail: geschaeftsstelle@die-linke-hh.de
Internet: www.die-linke-hh.de

Neue Adresse ab 1. Januar 2011:

Wendenstraße 6

20097 Hamburg

Dr. Peter Sander – wachsen-beenden

Einzelbewerber im Wahlkreis 2 (Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahl)

Dr. Peter Sander
Rüdemannweg 22
21107 Hamburg

Tel.: (0 40) 55 61 20 30

Freie Demokratische Partei **FDP**

FDP Hamburg

Rothenbaumchaussee 1
20148 Hamburg

Tel.: (0 40) 30 99 88 0
Fax: (0 40) 30 99 88 31
E-Mail: info@fdp-hh.de
Internet: www.fdphamburg.de

Wahlvorschlag	Kurzbezeichnung
Für die Rechte und Pflichten der Minderheiten in Hamburg – Mit mir Marouf Shadab für Euch in den Senat	*RPH*

Einzelbewerber im Wahlkreis 2 (Bürgerschaftswahl)

Marouf Shadab
Tel.: (0 40) 41 09 13 95
E-Mail: shadab@hotmail.de

FREIE WÄHLER	*FREIE WÄHLER*

Freystädter Straße 28
92361 Berngau
z.H. Frau Cordula Breitenfellner

Tel.: (0 91 81) 25 45 90
Fax: (0 91 81) 29 07 20
E-Mail: cordula.breitenfellner@fw-europa.eu

HUMANWIRTSCHAFTSPARTEI	**HUMANWIRTSCHAFT**

Tritt nicht zur Bürgerschaftswahl an

Joachim Kretschmer
Kahlenredder 4
22885 Barsbüttel

Tel.: (0 40) 67 01 15 7
Fax: (0 40) 18 11 54 68
E-Mail: helbein@web.de
Internet: www.humanwirtschaftspartei.de

Karl-Peter für mehr Menschlichkeit	*Karl Peter*

Einzelbewerber im Wahlkreis 1 (Bürgerschaftswahl)

Karl-Peter Grube
Sibeliusstraße 4
22761 Hamburg

Tel.: (0 40) 18 19 44 75
E-Mail: Grube@Karl-Peter.com

Margit Ricarda Rolf

Einzelbewerberin im Wahlkreis 3 (Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahl)

Margit Ricarda Rolf
Postfach: 52 03 01
22593 Hamburg

Tel.: (0 40) 21 98 32 89
E-Mail: rolf@mobbing-zentrale.de

Mustafa Mesut Yasar – Für ein besseres Miteinander

Einzelbewerber im Wahlkreis 2 (Bezirksversammlungswahl)

Mustafa Mesut Yasar
Korallusring 2
21109 Hamburg

Tel.: 01 79 49 39 26 5
E-Mail: mumeya@hotmail.com

Wahlvorschlag	Kurzbezeichnung
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	*NPD*

Landesverband Hamburg
Postfach 71 01 03
22161 Hamburg

Tel.: (0 40) 37 43 38 6
Fax: (0 40) 37 43 38 6
E-Mail: post@npd-hamburg.de

Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative	**Die PARTEI**

Alexander Grupe

Schomburgstraße 82
22767 Hamburg

E-Mail: grupe@die-partei-hamburg.de
Internet: www.die-partei-hamburg.de

Piratenpartei Deutschland	**PIRATEN**

Christian Bucher

Tel.: 01 76 43 11 29 87
E-Mail: vorstand@piratenpartei-hamburg.de
Internet: www.piratenpartei-hamburg.de

Sozialdemokratische Partei Deutschlands	*SPD*

Landesorganisation Hamburg
Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg

Tel.: (0 40) 28 08 48 0
Fax: (0 40) 28 08 48 18
E-Mail: buergerbuero-hamburg@spd.de
Internet: www.spd-hamburg.de

Rückfragen:

Geschäftsstelle des Landeswahlleiters der Freien und Hansestadt Hamburg

Landeswahlamt
Johanniswall 4
20095 Hamburg

Tel.: (0 40) 4 28 39 – 24 44
Fax: (0 40) 4 279 39 – 1 09
E-Mail: landeswahlamt-hamburg@bis.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/wahlen

14. Dezember 2010/bsg14

Neue Erkenntnisse und neue Handlungsoptionen

Senat schreibt Konzept „Handeln gegen Jugendgewalt“ fort

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung die Fortschreibung des Konzeptes „Handeln gegen Jugendgewalt“ beschlossen. In die weiterentwickelte Fassung sind die Erkenntnisse unterschiedlicher Studien zum Thema Jugendgewalt und die Evaluationen zum Handlungskonzept selbst eingeflossen. Außerdem hat die kritische Auseinandersetzung mit dem Tötungsdelikt am Jungfernstieg im Mai diesen Jahres Schwachstellen – vor allem im Übergang zwischen den zehn Säulen des Handlungskonzeptes – gezeigt. Diese sollen mit der Fortschreibung behoben werden.

Die Bekämpfung von Jugendkriminalität und Jugendgewalt sowie die Gewaltprävention und der Opferschutz haben in Hamburg seit Jahren einen hohen Stellenwert. Das zeigt nicht zuletzt das 2007 entwickelte Senatskonzept „Handeln gegen Jugendgewalt“. Die zehn Säulen des behördenübergreifenden Konzepts reichen von der Früherkennung von gewalttätigem Verhalten im Kindesalter über Maßnahmen zur Gewaltprävention in der Schule bis hin zur effektiven und effizienten Strafverfolgung bei Jugendlichen. Dieses Projekt ist bundesweit einmalig. Die Verbesserungen, die das Konzept in der Zusammenarbeit der Behörden zur Bekämpfung von Jugendgewalt gebracht hat, sind inzwischen wissenschaftlich bestätigt.

Die Experten der Universität Hamburg, die das Konzept im Auftrag der Schulbehörde evaluiert haben, bescheinigen dem Handlungskonzept einen insgesamt stimmigen Aufbau. Zitat: „Die einzelnen Projekte decken das Spektrum der Bearbeitung von Jugendgewalt ab. Dabei werden die jeweils zuständigen Behörden und Organisationen in diesen aufbauenden Ebenen sinnvoll einbezogen und ihre Handlungsoptionen und Kooperationsformen nachhaltig verbessert.“

Die Evaluation hatte die Maßnahmen des Handlungskonzeptes ausgewertet und auf ihre „Hamburg-Tauglichkeit“ hin überprüft. Gesondert durch das Universitätsklinikum Eppendorf evaluiert wurde die Maßnahme „Early Starter“. Auch hier liegen nun die Ergebnisse vor. Darüber hinaus haben die beteiligten Behörden nach dem Tötungsdelikt am Jungfernstieg die Abläufe im Handlungskonzept im Hinblick auf weitere Optimierungsmöglichkeiten geprüft. Die Erkenntnisse aus den Evaluationen sowie der Schwachstellenanalyse sind genauso wie die Ergebnisse der Dunkelfeldstudien zur Jugendgewalt von Prof. Dr. Peter Wetzels (siehe Kasten) in die überarbeitete Fassung des Handlungskonzeptes eingeflossen.

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Studien und die daraus resultierenden Neuerungen dargestellt:

Mehr Verbindlichkeit

Wie in der ersten Fassung des Handlungskonzeptes aus dem Jahr 2007 gefordert, sind Schulen inzwischen angewiesen, Gewaltvorfälle bei der Regionalen Beratungs- und Unterstützungsstelle (REBUS), der Beratungsstelle Gewaltprävention und der Polizei zu melden. Außerdem wird heute die Einhaltung der Schulpflicht stärker kontrolliert als noch 2007. Schulen müssen nun bereits nach fünf aufeinander folgenden Fehltagen, in denen kein Kontakt zum Elternhaus aufgenommen werden konnte, REBUS einschalten. Sowohl die Evaluationsergebnisse als auch die Dunkelfeldstudie bestätigen den Erfolg beider Maßnahmen. So sind bei REBUS beispielsweise im Vergleich zum vorherigen Schuljahr im Schuljahr 2009/10 33 Prozent mehr Meldungen zu Schulpflichtverletzungen eingegangen. Von diesen Schülerinnen und Schülern konnten 68 Prozent in den schulischen Regelbetrieb reintegriert werden. In den Fällen der übrigen Schüler werden je nach Fallgestaltung andere geeignete Maßnahmen wie z.B. Einzelunterricht durch REBUS durchgeführt.

Neu ist das Case-Management für Schülerinnen und Schüler, die vom Familieninterventionsteam (FIT) betreut werden und gleichzeitig von der Polizei als Intensivtäter eingestuft sind. Diese werden seit November 2010 zentral durch die Beratungsstelle Gewaltprävention der Schulbehörde betreut. Damit soll das Risiko eines Informationsverlustes bei Schulwechseln verhindert werden, wie er im Fall Elias A. festzustellen war.

Gezielte Interventionen und wirksame Angebote

Für Schülerinnen und Schüler, die durch gewalttätiges Verhalten an Schulen auffallen, kann anders als 2007 auf Grundlage des inzwischen novellierten Schulgesetzes eine Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs angeordnet werden. Viele Hamburger Schulen bieten inzwischen erfolgreich Kurse für gewaltauffällige Schülerinnen und Schüler an. So sind beispielsweise von den 250 Schülerinnen und Schülern, die in den vergangenen beiden Jahren ein „Cool in School“-Training erfolgreich absolviert haben, nur drei erneut durch eine schulische Gewalttat aufgefallen.

Darüber hinaus hat die Sozialbehörde zur Komplettierung des Maßnahmenbündels zur gezielten Intervention Schritte eingeleitet beziehungsweise umgesetzt, um zusätzliche intensivpädagogische Betreuungsplätze für gewaltauffällige Jugendliche im Raum Hamburg zu akquirieren.

Frühzeitig handeln

Das Maßnahmenpaket des Handlungskonzepts beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Betreuung von Jugendlichen, die bereits Gewaltdelikte verübt haben. Im Programm „Early Starter“ zur Gewaltprävention

im Kindesalter wurden in den vergangenen beiden Jahren mehr als 1000 Kinder, die durch aggressives Verhalten in Kindergärten und Grundschulen aufgefallen sind, mit Hilfe einer speziellen Diagnostik identifiziert und in gewaltpräventive Hilfen vermittelt. Die Ergebnisse der Evaluation zeigen zum einen, dass Einrichtungen die angebotenen Kurse insbesondere in problembelasteten Stadtteilen verstärkt nutzen. Zum anderen bestätigen die Einrichtungen, dass das Projekt „Early Starter“ eine große Bedarfslücke für den Umgang mit Kindern, die durch aggressives Verhalten auffallen, geschlossen hat.

Verstärkte Kooperation zwischen den Behörden

Ziel des gesamten Handlungskonzeptes war und ist es, die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden zu verbessern. Die Evaluation bescheinigt, dass das insgesamt gut gelungen ist. Vor allem die gemeinsamen Fallkonferenzen zu schwer delinquenten Jugendlichen haben den Austausch der Behörden untereinander aber auch mit Jugendhilfeträgern verbessert. Dennoch hatte die Schwachstellenanalyse des Tötungsdelikts am Bahnhof Jungfernstieg einige Optimierungsbedarfe aufgezeigt. So hatten die am Fall Beteiligten beispielsweise zu wenige Kenntnisse über laufende Maßnahmen in Schule und Jugendhilfe oder über strafrechtliche Verfahren.

Zur Vervollständigung des Gesamtbildes des Jugendlichen werden Schulen deshalb nun durch die Staatsanwaltschaft über bestimmte Strafsachen gegen Jugendliche informiert (MiStra-Mitteilungen). Auch Gerichte können zukünftig über den Ausgang der Strafverfahren gegenüber den Schulen berichten.

Prävention in der Breite

Alle Schüler der Klassen 5 bis 8 werden durch fortgebildete Präventionsbeamte der Polizei jährlich zu den Themen Gewaltprävention und Zivilcourage unterrichtet. Das Handlungskonzept aus 2007 sah vor, dieses seit langem bestehende Projekt verbindlich zu machen und auszuweiten. Das ist erfolgt: Im Schuljahr 2008/09 wurden zum Beispiel insgesamt 6.200 Unterrichtsstunden an 186 Schulen durchgeführt. Im Schuljahr 2009/10 erhöhte sich die Zahl der Unterrichtsstunden auf 6.826 und die der erreichten Schulen auf 192. Die Evaluation des Konzeptes hat außerdem gezeigt: Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schulen gestaltet sich ausgesprochen positiv, die Akzeptanz bei Lehrkräften und Schülern ist hoch. Der Unterricht hat sich in Form und Inhalt bewährt.

Im ersten Handlungskonzept wurde festgelegt, dass die Zahl der Polizeibeamtinnen und -beamten, die den Schulen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen (COP 4U), aufgestockt werden soll. Inzwischen wurden zehn zusätzliche Stellen geschaffen. Die Evaluation kommt insgesamt zu einem sehr positiven Ergebnis. Die Aufstockung hat zu einer erhöhten Betreuungsdichte und intensiveren Zusammenarbeit geführt. Somit konnte die gewünschte Verbesserung des gegenseitigen Vertrauens sowie die Absprache gemeinsamer Maßnahmen zwischen den Schulen und der Polizei zur Eindämmung von Jugendkriminalität erzielt werden.

Schnellere Verfahren

Mit den Maßnahmen PROTÄKT, das seit 2007 auf besonders auffällige unter 21 Jahre alte Gewalttäter abzielende Programm und PriJuS, das seit Oktober 2010 in ganz Hamburg beschleunigte Verfahren für 14- bis 16-jährige Schwellentäter anstrebt, sind zwei Programme in das Handlungskonzept aufgenommen worden, die durch eine täterorientierte Verfahrensbearbeitung bzw. durch eine enge Kooperation der am Verfahren beteiligten Stellen dafür sorgen sollen, dass die Strafe in enger zeitlicher Nähe zur Straftat erfolgt. Die Evaluation bescheinigt PROTÄKT, dass die damit verbundenen Ziele erreicht worden sind: Die Zuständigkeitskonzentration gewährleistet, dass die Sachbearbeiter jeweils über alle laufenden Verfahren gegen „ihre“ PROTÄKT-Täter informiert sind. Dadurch können Verfahren zügiger bearbeitet und die Täter schneller angeklagt werden. Zusätzlich wurde durch die Einführung von „Täterakten“ die Verfahrensführung qualitativ verbessert. PriJuS konnte noch nicht evaluiert werden.

Opferschutz

Der Opferschutz hat in fast allen Säulen des Handlungskonzepts eine hohe Bedeutung. Die meisten Maßnahmen haben einen präventiven Charakter. Die Verhütung von Gewalttaten stellt den besten Opferschutz dar. Um dem Opferschutz aber ein besonderes Gewicht zu geben, hat der Senat das Handlungskonzept im Jahr 2008 um die zehnte Säule Opferschutz erweitert.

Gerade für minderjährige und für heranwachsende – nicht selten traumatisierte – Gewaltopfer ist vordringlich, sie durch qualifizierte Beratung und Unterstützung aufzufangen und an die jeweiligen für spezifische Bedarfe kompetenten Opferhilfestellen weiterzuvermitteln.

Ein neues Regelangebot im Sinne einer Lotsenfunktion soll deshalb Opfer in die Lage versetzen, eine wirksame Rechtsberatung zur Ausschöpfung ihrer Rechte im Strafrecht, im Zivilrecht, im staatlichen Opferentschädigungsrecht sowie psychologische und therapeutische Hilfen verstärkt wahrzunehmen. Der Lotse soll den jungen Opfern beispielsweise als erster Ansprechpartner vor und nach einer Anzeige bei der Polizei dienen und etwa in eine passende Opferberatungsstelle vermitteln. Für das neue Angebot werden insgesamt jährlich 75.000 Euro von der Sozial-, der Innen- und der Justizbehörde eingesetzt.

Seit 1998 führt der Kriminologe Prof. Dr. Peter Wetzels regelmäßig Dunkelfeldstudien zur Jugendgewalt in Hamburg durch. Für die heute vorgestellte Studie wurden Schülerinnen und Schüler der siebten und neunten Klassen sowie deren Lehrkräfte im Schuljahr 2008/2009 befragt.

Die erfreulichste Nachricht: Die Studie verzeichnet im Vergleich zu früheren Jahren deutliche Rückgänge im Bereich der Gewaltdelikte (von 1998 mit 25,3 Prozent auf 2008 mit 20,7 Prozent Opferraten über alle Gewaltdeliktgruppen hinweg). Eine Erklärung für den Rückgang der Zahlen sehen die Forscher darin, dass sich die Schulen verstärkt im Bereich der Gewaltprävention engagieren.

Dazu gehört beispielsweise die konsequentere Ahndung von Schulpflichtverletzungen. Zwar gibt es hier steigende Zahlen an Meldungen. Das aber führen die Forscher auf die erhöhte Aufmerksamkeit zurück, die Schulschwänzern zugedacht wird. Schulschwänzer, die ehemals im Dunkelfeld lagen, sind nun im Hellfeld zu finden. Die aktuelle Untersuchung belegt, im Einklang mit einer Reihe früherer Studien, den engen Zusammenhang von Schulschwänzen und Delinquenz. Konsequenterweise richtet sich ein Teil des Handlungskonzeptes daher auf die Reduzierung von Schulschwänzen.

Die Ergebnisse bestätigen das Bestreben, die behördenübergreifenden Handlungsansätze fortzusetzen und weiterzuentwickeln, um in den Bemühungen gegen Jugendgewalt nicht nachzulassen.

Im Januar 2011 wird die Dunkelfelderhebung fortgesetzt. Mit diesen Daten wird dann erstmals eine Aussage über die Wirksamkeit aller Maßnahmen des Handlungskonzepts möglich sein.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Sozialbehörde **Julia Seifert**; Tel.: 428 63-28 89 E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de	Pressestelle der Schulbehörde **Jasmin Eisenhut**; Tel.: 428 63-20 03 E-Mail: Jasmin.eisenhut@bsg.hamburg,de	Pressestelle der Justizbehörde **Karen Ullmann**; Tel.: 428 43-31 43 E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de	Pressestelle der Innenbehörde **Ralf Kunz**; Tel.: 428 39-26 78 E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de

PRESSEMITTEILUNG/mr16

Wo die Zukunft des Fliegens gelehrt wird

Luftfahrtindustrie, Hochschule und Stadt unterzeichnen Nutzungs-vereinbarung für das Hamburg Centre of Aviation Training (HCAT)

Hamburg, 16. Dezember 2010 – Eine außergewöhnliche Lernortkooperation nimmt im Luftfahrtcluster Metropolregion Hamburg Gestalt an. Heute haben im Neubau des Hamburg Centre of Aviation Training (HCAT) Vertreter von Airbus, Lufthansa Technical Training, Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW Hamburg) und dem Hamburger Institut für Berufliche Bildung maßgebliche Rahmenvereinbarungen für die gemeinsame Nutzung dieser neuen Bildungseinrichtung unterzeichnet. Im HCAT, das auf dem Gelände der Gewerbeschule für Fertigungs- und Flugzeugtechnik steht, vernetzen Luftfahrtindustrie, Hochschule und berufliche Fachschule in einer Public Private Partnership die bedarfsgerechte Fachkräftesicherung. Die schulische, betriebliche und akademische Ausbildung unter einem Dach ist ein in Europa einmaliger Ansatz. Die Qualifizierung erfolgt in wichtigen Technologiefeldern wie Avionik/Elektronik, Kabine/Kabinensysteme sowie moderne Fertigungsverfahren und neue Werkstoffe. Das HCAT, das von der Qualifizierungsoffensive Luftfahrtindustrie initiiert wurde, ist Teil der Spitzencluster-Strategie „Neues Fliegen“ und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung als innovatives Zukunftsprojekt gefördert.

In einer kleinen Feierstunde unterzeichneten der Geschäftsführer des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) Rainer Schulz für die Staatliche Gewerbeschule für Fertigungs- und Flugzeugtechnik (G15) gemeinsam mit den Kooperationspartnern die maßgebliche Rahmenvereinbarung für das Hamburg Centre of Aviation Training (HCAT). Die Freie und Hansestadt, die mit drei Behörden (Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Behörde für Schule und Berufsbildung, Behörde für Wissenschaft und Forschung) am HCAT beteiligt ist, wird das Bildungszentrum im Mai 2011 an die HIBB übergeben. Als Hausherr fungiert die G15.

Der erste Bauabschnitt des HCAT, das so genannte ASQ (Avionik- und Struktur-Qualifizierungszentrum), wurde bereits im Frühjahr 2010 in Betrieb genommen. Das ASQ dient vornehmlich als Schulungszentrum für die Weiterbildung zu staatlich geprüften Luftfahrttechnikern. Neu

und für die Metropolregion einzigartig ist, dass erstmals im Technologiefeld Avionik/Elektronik qualifiziert wird. Geleitet wird dieser Gebäudeteil von der G15.

Matthias Jürgens, Schulleiter Staatliche Gewerbeschule Fertigungs- und Flugzeugtechnik G15: „Mit dieser Unterzeichnung ist ein weiterer Meilenstein in der Entwicklung des HCAT planmäßig erreicht worden. Nun kann mit Hochdruck an der weiteren Realisierung der Spitzencluster-Strategie im Bereich Personalqualifizierung gearbeitet werden. Das HCAT ist der innovative Aus- und Weiterbildungsstandort für Luftfahrttechnik in der Metropolregion. In einer bundesweit einmaligen Lernortkooperation von Luftfahrtindustrie, Hoch- und Gewerbeschule werden angehende Facharbeiter und Techniker der Staatlichen Gewerbeschule für Fertigungs- und Flugzeugtechnik (G15) im Bereich Avionik, Kabinensystemtechnik und modernen Fertigungsverfahren ausgebildet."

Im zweiten Gebäudeteil befindet sich das Labor für Kabinen und Kabinensysteme (KKS), für das die Hochschule für Angewandte Wissenschaften HAW Hamburg verantwortlich ist. **Prof. Dr.-Ing. Hartmut Zingel: Leiter des Departments Fahrzeugtechnik und Flugzeugbau der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg**: „Mit dem Labor für Kabine und Kabinensysteme (KKS) im kommenden Hamburg Centre of Aviation Training (HCAT) erhält die HAW Hamburg eine erstklassige Laborausstattung für die praxisnahe Ingenieurausbildung in diesem für das Luftfahrtcluster Metropolregion Hamburg zentralen Kompetenzbereich. Die Zusammenarbeit mit den Partnern des HCAT eröffnet neue Perspektiven für Lehre und Forschung, für weiterbildende Masterstudiengänge und für die betriebliche Weiterbildung."

Wichtige Kooperationspartner aus der Industrie sind Lufthansa Technical Training und Airbus: Dazu **Christoph Meyerrose, Geschäftsführer Lufthansa Technical Training:** „Wir freuen uns, unseren Kunden nun weitere Qualifizierungsprogramme für die Zukunftstechnologien der Luftfahrttechnik anbieten zu können. Unser Erfolgsrezept von fundiertem Wissenstransfer und realitätsnaher Anwendung in der Aus- und Weiterbildung werden wir Dank der Kooperation weiter verfeinern. Alle Projektpartner können die schon bisher enge Zusammenarbeit durch eine gemeinsam genutzte Infrastruktur noch stärker vernetzen und Synergien nutzen. Davon profitiert letztendlich der gesamte Luftfahrtstandort Hamburg und es untermauert die erfolgreiche Qualifizierungsoffensive Luftfahrt der Stadt Hamburg." Und **Frank Müller, Standortpersonalleiter Hamburg, Airbus Deutschland:** „Die bedarfsgerechte Nutzung des HCAT ermöglicht es Airbus, die Qualifizierung von Mitarbeitern punktgenau durchzuführen. Das ist für uns wichtig, da die Fachkräfte-Qualifizierung mit den Entwicklungszyklen neuer Flugzeugprogramme und der Entwicklung innovativer Technologien abgestimmt sein muss. Darüber hinaus werden durch die gemeinsame Zurverfügungstellung von Vorrichtungen, Maschinen und Werkzeugen Synergien im Cluster genutzt, die sich auch wirtschaftlich auszahlen. Somit bietet das

HCAT sowohl für Airbus als auch für regionale Zulieferer und für branchenspezifische Personaldienstleister eine wichtige infrastrukturelle Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit auf dem personellen Sektor."

Zur Einweihung des HCAT im Mai nächsten Jahres hat der erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, eingeladen.

Fotos vom Termin der Vertragsunterzeichnung finden Sie unter www.hamburg.de/luftfahrt

Weitere Informationen: www.hcat-hamburg.de

Über die Spitzencluster-Strategie des Luftfahrtcluster Metropolregion Hamburg:

Das Luftfahrtcluster Metropolregion Hamburg ist ein partnerschaftliches Netzwerk aus Luftfahrtunternehmen, Vereinen, Hochschulen und Behörden. Mit mehr als 39.000 Beschäftigten gehört es zu den weltweit führenden Standorten der zivilen Luftfahrtindustrie. Die größten Arbeitgeber dieses technologiegetriebenen Netzwerks sind Airbus, Lufthansa Technik und der Hamburger Flughafen. Daneben gibt es 300 kleinere und mittlere Unternehmen, die als Zulieferer oder Dienstleister in der Branche aktiv sind und zum Teil von den Verbänden Hanse-Aerospace und HECAS vertreten werden.
Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat das Luftfahrtcluster im Jahr 2008 als Spitzencluster ausgezeichnet. Mit der Innovationsstrategie „Neues Fliegen" soll die Luftfahrt zukünftig ökonomischer, ökologischer, komfortabler, zuverlässiger und flexibler werden. Dazu investiert das Luftfahrtcluster fast 100 Millionen Euro in Forschungsprojekte und baut dadurch seine vier Kompetenzfelder weiter aus. Diese sind: Flugzeuge und Flugzeugsysteme, Kabinen und Kabinensysteme, Aviation Services und Lufttransportsysteme. Die Forschungsprojekte

Pressekontakte

Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Alter Steinweg 4, 22045 Hamburg
Susanne Meinecke
Telefon: +49 (0)40 / 428 41 22 39
pressestelle@bwa.hamburg.de

Luftfahrtcluster Metropolregion Hamburg
c/o HWF, Habichtstraße 41, 22305 Hamburg
Kirstin Rüther
Telefon +49 (0)40 / 22 70 19 87
presse@luftfahrtstandort-hamburg.de

13. Dezember 2010/bwf13

Baubeginn für Neubau der HafenCity Universität Hamburg

Aufnahme des Vorlesungsbetriebs zum Wintersemester 2013

Heute war es endlich soweit. Die Bauarbeiten für den Neubau der HafenCity Universität Hamburg (HCU) wurden offiziell gestartet. In Anwesenheit von über 400 Gästen hat Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach zusammen mit dem Präsidenten der HCU Hamburg, Dr.-Ing. Walter Pelka, per Knopfdruck den ersten von insgesamt 612 Bohrpfählen gesetzt, die später das gesamte Bauwerk tragen werden.

Der rund 66 Mio. Euro teure Neubau am Magdeburger Hafen, der nach seiner Fertigstellung durch architektonische Qualität, eine konzeptionelle Funktionalität und seine Nachhaltig überzeugen wird, sichert der HCU den dringend benötigten Raum, damit die bislang räumlich getrennten Disziplinen Architektur, Bauingenieurwesen, Geomatik und Stadtplanung unter einem Dach vereint werden können. Die im Jahr 2006 gegründete HafenCity Universität Hamburg – Universität für Baukunst und Metropolenentwicklung ist die einzige Universität Europas, die ausschließlich auf Bauen und Stadtentwicklung fokussiert ist. Derzeit ist sie noch auf mehrere Standorte in der Stadt verteilt.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Ich freue mich sehr, dass es jetzt endlich losgeht. Die hohe Zahl der externen Gäste bestätigt, dass es eine breite Akzeptanz und Unterstützung für die HCU in dieser Stadt gibt. Ich war und bin mir nach wie vor absolut sicher, dass es die richtige Entscheidung war, das Konzept dieser einmaligen Universität umzusetzen und ihr ein eigenes Zuhause zu geben. Der Neubau der HCU wird den Anforderungen an eine innovative, interdisziplinäre und nach innen wie außen auf Kommunikation gerichtete Universität entsprechen, die sich ausschließlich den Fragen der gebauten Umwelt widmet. Die HCU spiegelt in Lehre und Forschung das Geschehen in der HafenCity wider und nutzt dieses Umfeld als Labor und kreative Wirkungsstätte. Die Studierenden erhalten die Möglichkeit, ihre Studieninhalte gewissermaßen am eigenen Gebäude zu erforschen und weiter zu entwickeln. Ich wünsche der HCU – den Lehrenden wie Lernenden – eine kurzweilige Wartezeit bis zur Einweihung und viel Vorfreude auf ihre neue Uni.“

HCU-Präsident Dr.-Ing. Walter Pelka: „Wir freuen uns, dass nun der Startschuss für den Bau des HCU Gebäudes in der HafenCity endlich gefallen ist und damit das für die Universität unbedingt erforderliche gemeinsame Dach für das fächerübergreifende Studieren und Forschen geschaffen wird. Kunst, Innovation und Technik, Offenheit, Transparenz und Kommunikation spiegeln sich als wichtige Werte der HCU im Gebäude wider, das die Integration der verschiedenen Bereiche und die Profilbildung der Universität in idealer Weise unterstützen wird.“

Der Bau

Der Neubau der HCU kostet rund 66 Mio. Euro. Die Mittel zur Finanzierung sind von der Bürgerschaft bereitgestellt worden. Ziel ist es, den Neubau bis Ende 2012 nahezu komplett fertig zu stellen und in 2013 Ausbau und Inbetriebnahme zu realisieren. Während der Semesterferien im Sommer 2013 sollen alle Studiengänge dann in das neue Universitätsgebäude umziehen, so dass der Vorlesungsbetrieb zum Wintersemester 2013 aufgenommen werden kann.

Das vorbildliche ökologische Gesamtkonzept des Baus, welches bereits mit dem Hafencity Umweltzeichen in Gold für „Nachhaltigkeit am Bau“ ausgezeichnet wurde, wird nach einem Entwurf des Dresdener Architektenbüros Code Unique Architekten realisiert. Im Sinne des Hamburger Klimaschutzprogramms wird der Neubau die Anforderungen an eine nachhaltige Architektur weit über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus erfüllen und setzt Standards hinsichtlich Energieeinsparungen und Arbeits- und Komfortbedingungen.

Café und Mensa/Restaurant liegen zum Wasser hin, studentische Arbeits- und Seminarräume sind überwiegend in den schönsten Lagen am Wasser untergebracht. Die Räumlichkeiten für Studierende und die Büros für die Mitarbeiter auf den unterschiedlichen Geschossebenen lassen sich variabel und flexibel auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Personenzahlen anpassen. Sie sind beweglich genug, um auf Veränderungen bedarfsgerecht reagieren zu können und neue flexible Flächenangebote zu generieren. Das entwickelte Raumkonzept, die offene, transparente und fließende Gestaltung, spiegelt das inhaltliche Konzept der HCU: Fächerübergreifendes Lernen und Forschen.

Die HafenCity Universität hat den Anspruch, als Forum für lebendige Diskussionen Teil des urbanen Lebens in Hamburg zu sein. Die Verbindung zwischen Öffentlichem Raum und Hochschule schafft das großzügige Foyer zwischen den beiden Flügeln des Gebäudes, das sich sowohl zu dem zentralen Platz im Westen als auch zum Lohsepark auf der Ostseite öffnet. Dies wird dazu beitragen, die Öffentlichkeit zu Ausstellungen, Lesungen, Diskussionen etc. in das Gebäude einzuladen und der Universität selbst eine Kommunikationsplattform rund um die Themen Metropolenentwicklung und Bau zu geben. Die HCU kann sich damit zu einem zentralen Hamburger Standort für Architekturdebatten mit Experten und engagierten Bürgern entwickeln.

Weitere Informationen und Fotomaterial zum Neubau der HCU finden Sie unter: www.hcu-hamburg.de

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

HafenCity Universität Hamburg (HCU), Mechtild Freiin v. Münchhausen
Tel: 040 42827-2730, E-Mail: Mechtild.vonMuenchhausen@hcu-hamburg.de

15. Dezember 2010/bwf15

Technikum Berliner Tor an der HAW Hamburg eröffnet

Umbau der historischen Maschinenhalle zur Hightech-Halle für Ingenieure abgeschlossen

Moderne Ingenieurausbildung braucht moderne Labore. Um diesen Anspruch gerecht zu werden, wurde die alte Maschinenhalle am Campus Berliner Tor der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) umfassend modernisiert. Für insgesamt 6,3 Mio. Euro wurde der Innenraum der Halle nach neuesten wissenschaftlichen Anforderungen komplett umgestaltet und mit neuen technischen Geräten ausgestattet. Entstanden ist ein Zentrum für Lehre, angewandte Forschung sowie Entwicklung im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach und der Präsident der HAW Hamburg, Prof. Dr. Michael Stawicki, haben das neue Zentrum, das den Namen Technikum Berliner Tor trägt, heute offiziell eröffnet. Ausgestattet mit Kleinst-Windkraftanlage, Wärmepumpen- und Absorptionskälteanlage, Motorenprüfständen und Versuchsanlagen für Wellen- und Meerestechnik greift das Technikum die zunehmende Komplexität der Technik auf und führt die einzelnen technischen Disziplinen wie Maschinenbau, Elektrotechnik und Informatik mehr und mehr zusammen.

Von den Sanierungskosten werden 3,7 Millionen Euro vom Konjunkturprogramm II des Bundes abgedeckt, Hamburgs Anteil hieran beträgt 25 Prozent. Darüber hinaus stellte die Hamburger Wissenschaftsbehörde weitere 600.000 Euro für die notwendigen Baumaßnahmen bereit. Zwei Millionen Euro steuerte die HAW Hamburg selbst bei für neue Geräte und infrastrukturelle Maßnahmen.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Die Verbindung zwischen Altem und Neuem ist hier hervorragend gelungen und ein lehr- und forschungsfreundliches Klima wurde geschaffen. Die neuen Laboreinrichtungen bieten den Studierenden viel bessere Möglichkeiten, das in den Vorlesungen Erlernte praktisch umzusetzen. Mit seinen Themenschwerpunkten erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz stellt das Technikum sich den Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte."

Prof. Dr. Michael Stawicki, Präsident der HAW Hamburg: „Wir sind sehr glücklich über die Modernisierung dieses Gebäudes für den Maschinenbau am Berliner Tor. Gute Ingenieurausbildung besteht hier schon seit über 100 Jahren und hat der Metropolregion viele hervorragende Fachkräfte in

diesem Bereich beschert. Investitionen in den Maschinenpark sind immer wieder nötig und zahlen sich aus. Die neue attraktive Studien- und Forschungsfläche an der HAW Hamburg kommt nun einer zukünftigen Generation an Ingenieuren und damit der Stadt Hamburg selbst zugute. Wir danken Bund und Land für diese Unterstützung!“

Die alte Maschinenhalle am Campus Berliner Tor, ein Fritz Schumacher Bau, der in den Jahren 1927 und 1928 fertig gestellt wurde, ist nun generalüberholt. Seit 1928 hat sich an den Standards des Maschinenbaustudiums allerdings vieles geändert. Auch wenn das historische, zum Teil museumsreife Interieur der alten Halle mit originalen Dieselmotoren aus dem 20. Jahrhundert äußerst beeindruckend war, einer zeitgemäßen Ausstattung für das Ingenieursstudium an einer Hochschule war damit nicht Rechnung getragen. Der Innenraum der Halle wurde deshalb komplett umgestaltet und reorganisiert. So wurde ein neues Lehr- und Forschungszentrum in der Hochschule geschaffen, das auch den neuesten Sicherheits- und Hightechanforderungen genügt.

Durch die Umgestaltung der Halle kann die Fakultät Technik und Informatik (TI) der HAW Hamburg ebenso ihre Projekte im Bereich der Energieumwandlung und Energieanwendung darstellen. Außerdem stellt der Umbau eine professionelle Lehre im Bereich Energietechnik (Energieeffizienz, Nachhaltigkeit) sicher. Die Maschinenhalle wird so auch zum Schaufenster des Leistungsspektrums der HAW Hamburg. Synergieeffekte zwischen den einzelnen Departements werden aufgezeigt. Denn alle Energiesysteme in der Maschinenhalle verfügen über Komponenten aus dem Maschinenbau, der Elektrotechnik und der Informatik, die jetzt an einer zentralen Stelle ausgewertet werden.

Für Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs
Tel.: 040 428 63-2322, E-Mail: E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de

Pressestelle der HAW Hamburg, Dr. Katharina Ceyp-Jeorgakopulos
Tel.: 040 428 75-9132, E-Mail: presse@haw-hamburg.de

15.12.2010/bsu15

Hamburg jetzt offiziell „Umwelthauptstadt Europas 2011“ Staatsrat Dr. Jäger nimmt in Brüssel Titel in Empfang

Hamburg ist ab heute offiziell „Umwelthauptstadt Europas 2011“. Dr. Manfred Jäger, Staatsrat für Stadtentwicklung und Umwelt, nahm heute in Brüssel den Titel symbolisch in Form des „Grünen Buchs“ in Empfang. Damit hat Stockholm als „Umwelthauptstadt Europas 2010“ den Staffelstab an Hamburg übergeben. Staatsrat Dr. Jäger gratulierte Stockholm zum ersten erfolgreichen Umwelthauptstadtjahr: „Es hat uns beeindruckt, wie Sie BürgerInnen und BesucherInnen die grünen Seiten Stockholms näher gebracht haben. Hamburg möchte an diese Erfolge anknüpfen und möglichst viele Menschen für den Klimaschutz begeistern.“

Für Stockholm war der Titel wichtiger Impuls in doppelter Hinsicht - sowohl für eine nachhaltige Stadtentwicklung als auch für eine gesteigerte internationale Aufmerksamkeit. „Stockholm ist eine dynamische Stadt mit viel Potenzial, das es zu nutzen gilt. Stillstand bedeutet Rückschritt. Deshalb dürfen wir auch weiterhin nichts unversucht lassen, um unsere Umwelt zu schützen“, so Per Ankersjö, Zweiter Bürgermeister Stockholms.

Hamburg steht als wichtiger Industriestandort vor besonderen Herausforderungen im Umweltschutz. Die Hansestadt hat die größte Kupferhütte und den drittgrößten Hafen Europas – mitten in der Stadt. Hinzu kommen rund 60.000 Wirtschaftsunternehmen aller Größen und Branchen. „Wir wollen zeigen, dass Natur- und Klimaschutzprobleme, wie sie sich in einer Vielzahl europäischer Städte finden, lösbar sind. Nachhaltigkeit funktioniert auch in einer Industrieregion“, so Staatsrat Jäger. Dazu hat die Stadt verbindliche Klimaschutzziele festgelegt. Projekte wie die energetische Sanierung von älteren Gebäuden, der Einsatz von Umwelttaxen mit niedrigem Schadstoffausstoß und das Repowering von Windkraftanlagen sollen Hamburg diesem Ziel näher bringen.

EU-Kommissar Janez Potočnik würdigte in Brüssel die bisherigen Leistungen von Stockholm und Hamburg. „Die beiden Städte sind sehr engagiert, Umweltschutz und nachhaltige Stadtentwicklung europaweit mit zu prägen – mit kreativen Ideen und innovativen Projekten. Diese Leistungen machen deutlich, vor welchen Herausforderungen die europäischen Städte in diesen Zeiten stehen und was sie tun müssen, um umweltfreundlich und wirtschaftlich erfolgreich zu sein“, so Potočnik.

Eines der zentralen Ziele der Umwelthauptstadt 2011 ist es, Bürgerinnen und Bürger für die Notwendigkeit des Klimaschutzes zu sensibilisieren. Den Anfang dafür macht der Bürgerauftakt in

Hamburg am 14. Januar 2011. Das geplante Programm zeigt: Umweltschutz beginnt mit kleinen Schritten. Unter dem Motto „Hamburg bewegt sich“ beleuchten die Besucher den „Sustainable Dancefloor“ auf dem Rathausmarkt selbst, indem sie Energie ertanzen. Vergangenheit und Zukunft des Umweltschutzes präsentieren zwei Ausstellungen mit den Titeln „Umwelt hat Geschichte“ in der Rathausdiele und „Mit Energie gewinnen“ in der Europapassage.

Ein Foto von der „Staffelübergabe“ in Brüssel können Sie unter http://0.image.hamburg.de/contentblob/2686560/data/staffeluebergabe.jpg herunterladen.

Weitere Infos: www.umwelthauptstadt.hamburg.de

Kontakt:

Behörde f. Stadtentwicklung u. Umwelt, Volker Dumann, T: (040)42840-3249, volker.dumann@bsu.hamburg.de, www.hamburg.de/bsu

14. Dezember 2010/bkm14

Amelie Deuflhard bleibt Intendantin auf Kampnagel

Behörde für Kultur und Medien und Intendantin einigen sich auf neuen Fünfjahresvertrag

Die bisherige Intendantin wird auch die neue sein: Amelie Deuflhard wird die Internationale Kulturfabrik Kampnagel – vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats – für weitere fünf Jahre leiten. Damit wird die profilierte Theater- und Festivalmacherin Kampnagel bis 2017 leiten.

Reinhard Stuth, Senator für Kultur und Medien: „Es ist eine sehr gute Nachricht für Hamburg, dass Amelie Deuflhard auch zukünftig an der Spitze von Kampnagel steht. Wir freuen uns auf weitere spannende Jahre mit ihr. Sie hat Kampnagel als international bedeutende Stätte für die darstellenden Künste erheblich gestärkt. Ihr Spielplan überzeugt durch konsequent interdisziplinäres Arbeiten, das Aufgreifen von brisanten lokalen und globalen Themen, die Entwicklung von K3 und viel beachteten Produktionen im öffentlichen Raum. Die umfassende Vernetzung Kampnagels äußert sich in wichtigen Kooperationen mit anderen Hamburger Institutionen, zahlreichen nationalen wie internationalen Koproduktionen und hervorragende Besucherzahlen."

Amelie Deuflhard hat bisher einen Vertrag für fünf Spielzeiten. Sie ist seit August 2007 Intendantin der Kampnagel Internationale Kulturfabrik GmbH. Ihr aktueller Vertrag läuft noch bis zum 31.07.2012. Wegen der langen Vorbereitungszeiten für Intendanzen ist es aber üblich, rechtzeitig vor Ablauf des Vertrags eine Verlängerung zu verhandeln. Das ist jetzt gelungen: Der Vertrag gilt für weitere fünf Jahre ab August 2012 bis Juli 2017.

Amelie Deuflhard: „Hamburg hat mit Kampnagel ein einzigartiges Zentrum für zeitgenössische Kunstformen. Kampnagel hat das Potential, eines der führenden international produzierenden Häuser Europas zu werden. Der politische Wille, dies gemeinsam mit mir zu gestalten hat mich überzeugt, die nächsten Jahre in Hamburg weiter zu arbeiten."

Amelie Deuflhard wurde 1959 in Stuttgart geboren. Sie studierte Romanistik, Geschichte und Kulturwissenschaften in Frankfurt, Tübingen und Montpellier. Vor ihrem Engagement bei Kampnagel leitete sie unter anderem die Sophiensaele in Berlin.

Pressekontakt für Rückfragen:
Stefan Nowicki, Pressesprecher der Behörde für Kultur und Medien
Tel.: 040 42824 293, stefan.nowicki@bkm.hamburg.de

15. Dezember 2010/bwa15

Axel Konjack wird neuer Geschäftsführer von hamburg.de

hamburg.de, das offizielle Stadtportal der Freien und Hansestadt Hamburg und Mehrheitsbeteiligung der Axel Springer AG erhält zum 1. Januar 2011 mit Axel Konjack, 41, einen neuen Geschäftsführer. Axel Konjack ist bislang in der Geschäftsführung der Immonet GmbH tätig, wo er seit 2006 maßgeblich zum Aufbau und der erfolgreichen Entwicklung des Immobilienportals Immonet.de beigetragen hat.

Georg Konjovic, 33, bisher Geschäftsführer von hamburg.de, wechselt zum selben Zeitpunkt als Director Premium Content zur Axel Springer AG.

Dr. Jens Müffelmann, Leiter Geschäftsbereich Elektronische Medien der Axel Springer AG: „Axel Konjack ist Online-Profi, erfahrener Geschäftsführer und Hamburger. Damit bringt er beste Voraussetzungen mit, um die Erfolgsgeschichte von hamburg.de fortzuschreiben. Wir danken Georg Konjovic für seine großartige Leistung bei hamburg.de. Er hat hamburg.de in den letzten dreieinhalb Jahren zu einem innovativen und nutzerfreundlichen Stadtportal entwickelt und gleichzeitig in die Profitabilität geführt."

Peter Wenzel, Staatsrat der Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien und Hansestadt Hamburg: „Unser Stadtportal hamburg.de hat sich in den vergangenen Jahren vorbildlich entwickelt, in diesem Jahr schreiben wir erstmalig schwarze Zahlen. Unter der visionären Führung von Georg Konjovic hat sich hamburg.de vor allem im Bereich Social Media und mit der sehr erfolgreichen Markteinführung einer iPhone-App für die Zukunft bestens aufgestellt. Wir danken Herrn Konjovic für diese Leistungen und freuen uns außerordentlich, dass mit Herrn Konjack ein Nachfolger mit profunden Kenntnissen der elektronischen Medien gewonnen werden konnte."

Rückfragen:
Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Telefon: 040 42841 2239
E-Mail: pressestelle@bwa.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bwa

12. Dezember 2010/bis12

Bayerns Trainer Louis van Gaal fordert Kunstrasenplätze – Hamburg handelt bereits

Sanierungsoffensive für Hamburgs Sportplätze schafft weitere Kunstrasenplätze für Vereine

In der vergangenen Woche hatte sich laut Medienberichten der Trainer des FC Bayern München, Louis van Gaal, öffentlich geäußert und zumindest für die Fußball-Bundesliga Kunstrasenplätze gefordert. Hamburgs Behörden sind einen Schritt weiter und haben seit 2008 im Rahmen einer Sanierungsoffensive viele Fußballplätze in Kunststoffrasenplätze umgewandelt.

Mit der Inbetriebnahme der zwei neuen Kunststoffrasenplätze in der Krusestraße/Sander Tannen (Hamburg-Lohbrügge) durch Hamburgs Sportstaatsrat Rolf Reincke am 12.12.2010 sind für dieses Jahr die letzten Sportplätze übergeben worden. Ein schöner Grund, einmal Bilanz zu ziehen, bevor im nächsten Jahr neue Projekte anstehen.

Im Rahmen der Sanierungsoffensive für Hamburgs Sportplätze wurden 2009 und 2010 zahlreiche Projekte zur Verbesserung der Bausubstanz der Sportanlagen umgesetzt. Neben dem Bau von Kunststoffrasenplätzen konnten Umkleidehäuser erneuert oder neu gebaut sowie andere wichtige Instandsetzungen finanziert werden. Hamburg hat in den vergangenen Jahren insgesamt 22 Kunststoffrasenplätze – davon 11 im Rahmen der Sanierungsoffensive – realisiert.

Kunststoffrasenplätze haben wesentliche Vorteile: Neben einer langen Lebensdauer sind die hohe Belastbarkeit und witterungsunabhängige Bespielbarkeit hervorzuheben.

Erfreulich ist, dass sich viele Vereine Partner suchen, um einen Kunststoffrasenplatz realisieren zu können. Partner, die sich finanziell an einem Projekt beteiligen, sind besonders willkommen, weil dadurch die für die Sanierung von Sportstätten vorhandenen Mittel in Höhe von 20 Mio. Euro aufgestockt werden und noch mehr Sportlerinnen und Sportler in den Genuss kommen, auf einer hochmodernen Anlage trainieren und spielen zu können.

Rückfragen:
Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Ralf Kunz, Tel. 040 – 42839-2678 und 01736335716
E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde/

15. Dezember 2010/pr15

Bürgermeister Ahlhaus und Ministerpräsident Carstensen zum künftigen HSH-Vorstandsvorsitzenden: „Eine gute Wahl zum Wohl der Bank“

Hamburgs Erster Bürgermeister Christoph Ahlhaus und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen haben die Benennung des Finanzexperten Dr. Paul Lerbinger zum künftigen HSH-Vorstandsvorsitzenden begrüßt. „Mit der Bestellung von Herrn Dr. Lerbinger zum neuen Vorstandsvorsitzenden kann die HSH Nordbank jetzt den dringend benötigten, unbelasteten Neustart ihrer Arbeit in Angriff nehmen und die bereits erzielten Erfolge auf dem Weg der Restrukturierung frei von quälenden Debatten um angebliche Verfehlungen ihres Vorstandsvorsitzenden ausbauen“, sagte Ahlhaus heute (15. Dezember) im Anschluss an die Sitzung des Aufsichtsrates.

Auch Ministerpräsident Carstensen bezeichnete die von HSH-Aufsichtsratschef Hilmar Kopper vorbereitete Personalentscheidung als gute Weichenstellung für die Bank: „Dr. Lerbinger ist als erfahrener Investmentbanker hervorragend geeignet, das neue Geschäftsmodell auf den Weg zu bringen und die Bank in eine neue Eigentümerstruktur zu führen“, so Carstensen. Beide Regierungschefs äußerten sich zuversichtlich, dass es gelingen wird, die Mehrheit der Landesanteile an der HSH-Nordbank in den kommenden Jahren werthaltig zu veräußern.

Sowohl Ahlhaus als auch Carstensen dankten Kopper dafür, dass er den Wechsel an der Spitze des Unternehmens so rasch umsetzen konnte. „Herr Kopper hat binnen kürzester Frist dem Aufsichtsrat Lösungsvorschläge präsentiert, die dieser heute angenommen hat“, so Carstensen. Beide Regierungschefs würdigten auch die Arbeit des scheidenden Vorstandsvorsitzenden Prof. Dr. Dirk Jens Nonnenmacher, der die HSH Nordbank zum 31. März 20011 verlassen wird.

Rückfragen:
Kristin Breuer
Sprecherin des Senats
Tel: 040/ 42831-2243/44
Kristin.Breuer@sk.hamburg.de

14. Dezember 2010/fb14

Gebühren für städtische Dienstleistungen

Senat beschließt Gebührenanpassungen für 2011

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung die jährliche Anpassung städtischer Gebühren für Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung sowie öffentlicher Einrichtungen gemäß dem Kostendeckungsgrundsatz an die Kostenentwicklung beschlossen. Die neuen Gebührensätze nach der neunundzwanzigsten Verordnung zur Änderung gebühren- und kostenrechtlicher Vorschriften treten am 1. Januar 2011 in Kraft. Das Gesamtvolumen der Anpassungen – einschließlich der Gebühren bei den Anstalten des öffentlichen Rechts – beträgt rund 15 Millionen Euro.

Das Gebührengesetz schreibt vor, Gebühren grundsätzlich kostendeckend zu erheben. Die jetzige Anpassung der Gebühren an die Kostenentwicklung trägt diesem Grundsatz Rechnung. Im Einzelnen wurden u. a. folgende Gebührenanpassungen beschlossen:

Melde- und Ausweisangelegenheiten

Mit dem Inkrafttreten des Personalausweisgesetzes des Bundes zum 1. November 2010 ist zeitgleich die bundesrechtliche Personalausweisgebührenordnung in Kraft getreten.

Die landesrechtliche Gebührenordnung für das Melde- und Ausweiswesen muss daher an die bundesgesetzlichen Regelungen zum Personalausweiswesen angepasst werden. Zugleich wird der Gebührensatz für eine Melderegisterauskunft von 6 Euro auf 10 Euro und für eine Melderegisterauskunft über das Internet von 3 Euro auf 5 Euro angehoben. Der Gebührensatz für eine Einzelauskunft wird von 3 Euro auf 5 Euro und für eine Einzelauskunft aus dem Mikrofilmarchiv von 16,50 Euro auf 21 Euro angehoben.

Personenstandswesen

Die Kosten für die erste Ausfertigung einer Personenstandsurkunde betragen rd. 12,70 Euro.
Mit den Gebühren in ihrer bisherigen Höhe können die Verwaltungskosten nur teilweise gedeckt werden. Daher wird die Gebühr für die Erteilung einer Personenstandsurkunde von bisher 8 Euro auf 12 Euro und für jedes weitere Exemplar bei gleichzeitiger Antragstellung von 4 Euro auf 6 Euro angehoben.

Bauangelegenheiten

Für Abgeschlossenheitsbescheinigungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz werden die Gebühren je neu errichteter Nutzungseinheit von 13 Euro auf 25 Euro und bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen von 13 Euro auf 100 Euro angehoben. Die Erhöhungen orientieren sich an der Gebührenstruktur von Städten der anderen Bundesländer.

Für die Beratung bei bauordnungs- und planungsrechtlichen Angelegenheiten von mehr als 15 Minuten Dauer wird eine Beratungsgebühr in Höhe von 26 Euro je angefangene halbe Stunde eingeführt.

Marktgebühren
Die Gebühren für den Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen wurden zuletzt im Jahr 2002 erhöht. Seither sind die Kosten um rd. 12 % gestiegen. Um die Kostensteigerungen aufzufangen, ist eine Anpassung der Gebührensätze für die Nutzung von Verkaufsflächen und Lagerräumen notwendig, und zwar für 2011, 2012 und 2013 um jeweils durchschnittlich 1,3 %.

Gebühren für die Ausstellung von Nutzerausweisen für wissenschaftliche Bibliotheken für Schüler der gymnasialen Oberstufe
Für die Ausstellung von Nutzerausweisen für wissenschaftliche Bibliotheken wird in Hamburg eine Gebühr in Höhe von 5 Euro erhoben. Schüler der gymnasialen Oberstufen, die für schulische Zwecke eine Ausstellung von Nutzerausweisen beantragen, werden zukünftig von dieser Gebühr befreit.

Sondernutzung Wege
Die letzte Anhebung der Sondernutzungsgebühren für öffentliche Flächen (z.B. durch gastronomische Betriebe) erfolgte Anfang 2006. Die Nachfrage ist insbesondere in zentralen Lagen sehr hoch und die Gebühren sind für Gewerbetreibende oftmals günstiger als die Anmietung privater Flächen. Eine Gebührenanhebung um durchschnittlich 10 % wird daher für vertretbar gehalten. So kostet z.B. ein Imbiss- und Getränkestand je m² monatlich bis zu 90,50 Euro statt bisher 82 Euro.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Feuerwehr
Für die Verwahrung eines Kraftfahrzeuges bis 4 t auf dem Verwahrplatz Ausschläger Weg erhöht sich die Gebühr für den ersten Tag von 60 Euro auf 72,40 Euro.

Im Feuerlöschwesen werden die Gebühren nach Zeitaufwand künftig pro angefangener ganzer Stunde statt bisher pro angefangener halber Stunde berechnet. Beispielsweise werden für den Einsatz von Feuerwehrangehörigen 44 Euro und für ein Löschfahrzeug 105 Euro halbstündlich berechnet.

Auch die Gebühren für Fehlalarme durch Brandmeldeanlagen werden erhöht, z.B. für ein Fahrzeug einschließlich Personal von 176 Euro auf 185 Euro. Die Erhöhungen sind erforderlich, um Verursacher zum Ersatz der vollen Kosten heranziehen zu können.

Friedhöfe
Die Gebühren für die Nutzung der Friedhöfe Ohlsdorf, Öjendorf und der Bezirksfriedhöfe werden an die Kostenentwicklung angepasst. Eine Anhebung der Gebühren bis zur vollen Kostendeckung wird jedoch nicht vorgenommen, weil dies zu einer überdurchschnittlich starken Belastung von Friedhofsnutzern mit geringem Einkommen führen würde.

Gegenüber 2010 wird eine anonyme Urnenbeisetzung um 3,53 % und eine Sargbeisetzung in einer Wahlgrabstätte um 4,11 % teurer.

Sielbenutzungsgebühren
Die Gebühr für die Beseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser steigt von 2,67 Euro um 3,0 % auf 2,75 Euro je Kubikmeter Abwasser.
Für Grundstücke, die nur Schmutzwasser beseitigen, steigt die Gebühr von 2,23 Euro um 3,1 % auf 2,30 Euro je Kubikmeter Abwasser.

Alle Maßnahmen werden in Kürze im Hamburger Amtsblatt veröffentlicht werden.

Auskunft über die Einzelmaßnahmen geben die zuständigen Fachbehörden bzw. öffentlichen Unternehmen.

Rückfragen:
Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 20. Dezember bis 22. Dezember 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 20.12.2010

16:00 Rathaus, Bürgermeistersaal
Senatorin Dr. Herlind Gundelach **gibt einen Senatsempfang zum Abschluss des „Hamburg House“ auf der Expo 2010 in Shanghai.**

18:30 Ernst Deutsch Theater, Friedrich- Schütter- Platz 1
Senatorin Dr. Herlind Gundelach und Senator Reinhard Stuth nehmen teil am **Gala-Abend des Hamburger Handwerks.**

Dienstag, den 21.12.2010

14:30 Baustelle Schenefeld, Holzkoppel 4, 22689 Hamburg
Senatorin Dr. Herlind Gundelach spricht ein **Grußwort anlässlich der 2.Tunnel und Bohrertaufe beim European XFEL**. Taufpatin ist Dr. Cornelia Andreßen, Staatssekretärin für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein.

15:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt die **Generalkonsulin von Neuseeland, Jennifer Leslie Scoular, zum Abschiedsbesuch.**

Mittwoch, den 22.12.2010

11:00 Emil-Krause-Straße; Krausestraße 53
Senator Ian Karan spricht ein **Grußwort und übernimmt die Patenschaft anlässlich der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages zwischen der Emil-Krause-Schule und der HPA.**

12:00 Hamburg, Zweibrückenstraße 2
Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck überreicht gemeinsam mit dem Präsidenten der Hamburgischen Bürgerschaft, Dr. Lutz Mohaupt, das **traditionelle Weihnachtsgeschenk der Stadt an das Patenschiff ATAIR.**

13:00 Adenauerallee, Zentral-Omnibus-Bahnhof (ZOB)
Senator Heino Vahldieck nimmt einen **Scheck der Fa. Autokraft entgegen, die für die Aktion „Kids in die Clubs**“ Geld gesammelt haben.